Mitgliederzeitung des Distrikts Eimsbüttel-Süd
Januar/Februar 2015

# Steife Brise

## Windrichtung im Januar/Februar:


| Bürgerschafts-wahlen I | Bürgerschafts-wahlen II | Thema | ein Einwurf | Dies & Das |
|---|---|---|---|---|
| Der Wahlkampf | Die Kandidat/innen | AfD, Pegida und der Rechtspopulismus | Digitales Debakel? | Geburtstage, Termine und Kontakte |
| Seite 3 | Seite 4 | Seite 5 | Seite 6 | Seite 7-8 |


**Werde Freund von E-Süd auf Facebook!**

Suche: „SPD Eimsbüttel Süd“ und sende eine Freundschaftsanfrage

www.spd-eimsbuettel-sued.de

## Am 15.2. sind Bürgerschaftswahlen!

**5 Stimmen für Uwe**
**auf der Wahlkreisliste (rot)**
***und***
**5 Stimmen für Martin**
**auf der Landesliste (gelb)**

**Weitersagen!**

# *Liebe Genossinnen und Genossen,*

in knapp drei Wochen finden die Bürgerschaftswahlen statt. Olaf Scholz und die SPD liegen bei stabilen 44 Prozent in den Wahlprognosen. Die CDU kommt nicht von der Stelle - spannend wird es aber, ob das Parlament aus vier, fünf oder gar sechs Fraktionen bestehen wird.

Olaf sagt klugerweise zur Frage, welches Ergebnis und welchen **Koalitionspartner** er sich wünscht: „Ich wünsche mir für die SPD ein starkes Mandat – und falls es zu Koalitionsverhandlungen kommen muss, sprechen wir mit den Grünen".

Auf dieser Weise ist klar: Wir kämpfen um 44%+ und setzen darauf, dass die Hamburgerinnen und Hamburger keine Lust auf die FDP oder die AfD haben.

Falls es nicht zu einer absoluten Mehrheit reicht, sind, so Olaf, die Grünen die erste Gesprächspartnerin. Was dabei rauskommt und ob es Alternativen geben wird (und muss), steht in den Sternen. Frei nach einer typischen Senatsantwort: „Mit hypothetischen Fragen befasst sich der Spitzenkandidat grundsätzlich nicht."

Eine weise Entscheidung.

Für uns als Ortsverein ist neben dem großen Engagement für die SPD und Olaf auch der Einsatz für ein gutes Ergebnis für uns und Uwe **im Wahlkreis** wichtig. Dafür gehen wir an Infostände, verteilen Flugblätter an U-Bahnhöfen und machen „Tür-zu-Tür"-Wahlkampf. (Wer hier mitmachen möchte: bitte beim Distriktsvorsitzenden melden!)

Zu einem erfolgreichen Wahlergebnis zählt auch, dass wir den zweiten Kandidaten aus E-Süd in die Bürgerschaft bekommen: **Martin** steht auf der Landesliste (dem gelben Wahlbogen) auf dem Platz 32 und muss über eine hohe Anzahl an Personenstimmen (mind. 4.000) ins Parlament einziehen. Darin unterstützen wird ihn ebenso tatkräftig.

Neben dem Wahlkampf beschäftigen wir uns natürlich weiter mit aktuellen politischen Themen. Auf Bundesebene treibt viele momentan die Frage um, welche Bedeutung werden **(rechts-)populistische Parteien** in Zukunft in Deutschland spielen.

Zu diesem Thema fand ein Mitgliederabend im Januar statt, zu dem wir auch einen Fachmann von der Helmut-Schmidt-Universität eingeladen hatten. Einen entsprechenden Beitrag findet ihr in dieser Ausgabe der Brise.

*Mit herzlichen Grüßen*
*Eure*
*Steife Brise-Redaktion*

# Bürgerschaftswahlen I
## Unser Wahlkampf

Wahl-kreis

Die SPD Eimsbüttel Süd ist Teil des Wahlkreises 5, der neben den Stadtteilen Hoheluft West und Eimsbüttel Ost auch Harvestehude und Rotherbaum umfasst. In unserem Wahlkreis (einer von 17 in Hamburg) ist **Uwe Giffei** der Spitzenkandidat. Uwe wohnt in Eimsbüttel und wurde im Einvernehmen mit den beiden Distrikten und den übrigen (fünf) Kandidat/innen als Kandidat benannt, für den gemeinsam Wahlkampf gemacht wird. (Mehr zu Uwe findet ihr in den vorherigen Ausgaben der Brise)

Uwes Webseite ist unter www.uwe-giffei.de zu finden.

Landes-liste

Für die Landesliste gehen wir als E-Süd mit dem gegenwärtigen Fraktionsvize und gesundheitspolitischen Sprecher **Martin Schäfer** ins Rennen. Martin war jahrelang unser Mann für den Wahlkreis und hat nun einem jüngeren und neuen Gesicht den Vortritt gelassen – dennoch ist Martin, 63 Jahre alt, noch lange nicht müde, und wir sind uns sicher: Mit Martins Kenntnissen in der Gesundheits-, Innen- und Finanzpolitik, aber auch mit seinem hohem Standing in der Fraktion ist es sehr erstrebenwert, **auch einen zweiten E-Süd Genossen in der Bürgerschaft zu haben.**

Daher die Bitte an alle Genoss/innen in E-Süd: Schaut euch die Landesliste (gelber Stimmzettel) an und findet Martin auf **Platz 32** – über 5 Stimmen würde er und würden wir uns sehr freuen. Und nicht vergessen: Weitersagen! Denn: Vermutlich müssen mind. 4.000 Stimmen, sprich 5mal 800 Wähler/innen, her, um über die Personenstimmen in die neue Bürgerschaft einzuziehen. Jede Stimme zählt also auch hier!

Martins Webseite: www.martin-schaefer.info

**Anmerkung der Redaktion:**

Der Bürgerin oder dem Bürger fällt es täglich auf, beim Spaziergang durch den Stadtteil, auf dem Weg zur Arbeit, beim Besuch von Freunden in anderen Bezirken: Es wird wie wild plakatiert. Auf den Plakaten sind Kandidierende in den Wahlkreisen oder Kandidierende auf den Landeslisten zu finden. Insbesondere in der CDU, aber auch in der SPD finden sich viele, die über einen intensiven Wahlkampf versuchen, Stimmen für ihre Landeslistenplätze zu sammeln.

Wir haben in Eimsbüttel innerparteilich vor dem Wahlkampf eine Vereinbarung getroffen, dass wir den Landeslistenkandidat/innen natürlich Wahlkampf ermöglichen wollen. Jedoch hatte sich der Kreisvorstand darauf verständigt, dass Landeslisten-Kandidat/innen nicht mit Plakaten rausgehen sollen. Die vorrangigen Gründe: Wir wollen zum einen keine Irritationen bei den Wähler/innen hervorrufen (Wahlkreis/Landesliste), zum anderen wollen wir den Wähler/innen auch nicht durch eine Vielzahl von Plakaten den Sonntagsspaziergang vergrätzen.

Leider sehen andere Kreise dies anders. Einige haben von Anfang an ihre liebsten Landeslisten-Kandidat/innen plakatiert, andere Kreise haben Kandidat/innen, die eh völlig uneitel und wenig egoistisch *überall* in der Stadt Plakate aufstellen; ohne Absprache mit den jeweiligen Kreisen oder Distrikten (siehe z.B. Plakate in der Osterstr.). Das ist die Interpretation des Wahlrechts ganz im Sinne des Erfinders („Mehr Demokratie“) – und gegen die etablierten Parteien gerichtet. Die Fragen, die sich damit für die Zukunft stellen, sind: Bleibt das Wahlrecht so wie es ist, wie sollen wir uns dann als Partei dazu verhalten? Jeder so, wie er will und kann? Wir glauben nicht – denn dann haben wir nur noch Individualisten und (kleine) Fraktionierungen innerhalb der Partei. Das macht uns auf Dauer kaputt (siehe auch die nächste Seite). Entweder ändert sich das Wahlrecht – oder wir brauchen klare Regeln samt internen Sanktionsmöglichkeiten. Darüber muss ab 16.2. diskutiert werden.

# Bürgerschaftswahlen II
## Was kommt dann?

Am 15. Februar 2015 werden 121 Abgeordnete für fünf Jahre in die Bürgerschaft gewählt. Die SPD verteidigt ihre absolute Mehrheit (62 Abgeordnete durch rd. 48% der Stimmen). Die Prognosen sehen ein knappes Ergebnis voraus – zumindest, was die Fragen betrifft, ob die SPD die absolute Mehrheit holt und ob die Parteien AfD und FDP in die Bürgerschaft einziehen werden. Das spannende Thema, das sich anschließt, ist auch vom Abschneiden dieser beiden Parteien abhängig und dreht sich um die Frage: Alleinregierung oder Koalition – und dann mit wem?

Falls AfD und FDP die 5% nicht erreichen, steigt eminent die Chance auf eine erneute absolute Mehrheit. Das wäre gut für sozialdemokratische Politik, evtl. aber auch schwierig, da dann fünf weitere Jahre der Fundamentalopposition, ggf. sogar mit der AfD, bevorstehen – und die Partei viel stärker auf Regierungskurs gehalten werden müsste als in den letzten vier Jahren.

Denn: **Regieren war noch nie so einfach wie in den Jahren 2011-2015**. Olaf Scholz ist ein hervorragender Bürgermeister, der keineswegs „autokratisch“ (wie es gerade die CDU nicht müde wird zu behaupten), sondern in enger Abstimmung mit dem ganzen Senat und der Fraktion regiert. Viele der Entscheidungen, wie z.B. die Kita-Einigung letztes Jahr oder der Fluglärm-Kompromiss zu Beginn dieses Jahres – um nur zwei Beispiele zu nennen – wären in der Form nicht erfolgt. Oder die zahlreichen baulichen Maßnahmen, die aus dem sogenannten Sanierungsfonds der Bürgerschaft finanziert wurden und von denen alle Bezirke und Stadtteile profitierten – sie wurden aus der Fraktion heraus initiiert.

Relativ leicht waren die letzten Jahre auch, da sich die Fraktion aus vielen neuen Abgeordneten zusammensetzte, die sich zunächst einen Platz innerhalb der Fraktion finden mussten, und einige gute Fachsprecher/innen erhalten geblieben waren. Zusammen mit einem sehr umsichtigen und klug agierenden Fraktionsvorsitzenden wurde ohne Frage gute und verlässliche Parlamentsarbeit gemacht.

**Mit der neuen Legislatur** wird sich vieles ändern. Gesetz dem Fall, die SPD holt eine (erneut knappe) absolute Mehrheit, dann werden nicht nur neue Ansprüche geäußert (nach dem Motto: „Ich habe mich nun vier Jahre zurückgenommen“), sondern es werden auch viele neue Parlamentarier in der Bürgerschaft sitzen. Darunter wird eine nicht geringe Zahl sein von Politiker/innen, die ein ganz bestimmtes Verständnis von Politik haben: Politik als Karriere, Politik als ein persönlicher Kampf, Politik als viel Marketing und gut verpackt.

Diese „neue“ Attitüde zeigt sich auch im **gegenwärtigen Wahlkampf**. Das gegenwärtige Hamburger Wahlgesetz ermöglicht und fördert einen hohen Grad an individualisiertem Wahl-Engagement. In der Theorie mag das schön sein – nach dem Motto: Die Kandidierenden zeigen sich den Wähler/innen, die wiederum müssen sich über die zu Wählenden informieren –, in der Praxis sieht das aber anders aus: Die Wenigsten informieren sich umfänglich, schon gar nicht im Detail über einzelne Kandidat/innen – am Ende aber ermöglicht das Wahlgesetz die Wahl von Abgeordneten mit „Charakteristika“, die auf den ersten Blick ins Auge stechen: Wohnort, Beruf, Name. Hinzu kommt noch etwas: Diejenigen sammeln fleißig Stimmen, die über ganz persönliche Möglichkeiten und Ressourcen (Zeit, Geld, Netzwerke, Kreativität usw.) verfügen.

2011 zogen 13 Politiker/innen über **Personenstimmen** auf der SPD-Landesliste ein – dieses Mal kann die Zahl darüber liegen. Es ist daher nicht auszuschließen, dass es mehr Abgeordnete geben wird, die auch auf Kosten der Partei ins Parlament gewählt wurden: Denn, was schert mich die innerparteiliche Solidarität, wenn ich durch meinen eigenen Wahlkampf (der ggf. gegen Partei-Vereinbarungen verstieß) am Ende mein persönliches Ziel erreicht habe. Man wird sehen, wieviel Teamfähigkeit dann möglich ist.

# Thema
## AfD, Pegida –
## und der Rechtspopulismus in Deutschland

Rechtspopulistische oder politisch rechte Parteien haben in der Bundesrepublik nie solche Wahlerfolge gehabt, wie es in den meisten anderen europäischen Ländern inzwischen an der Tagesordnung ist. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zum einen wurde die öffentliche Meinung – oder die mediale Öffentlichkeit – immer von einem mächtigen **Tabu** beherrscht, das aus den Erfahrungen und der Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus rührte. Vor allem fremdenfeindliche Aussagen, aber auch eine Sprache, die gegen „das System", „die Machteliten" oder „Lügenpresse" gerichtet war, fanden keinen Anklang und wurden von Medien, Politik und Wissenschaft vehement zurückgewiesen. Die politische Korrektheit hatte (und hat) eine sinnvolle und notwendige Aufgabe: Es sollen Minderheiten geschützt, Institutionen bewahrt und keine Ressentiments geschürt werden. Rechte von Einzelnen werden verteidigt, „abweichende" Ansichten geschützt und Toleranz gewahrt.

Mit der stärkeren (medialen) Verbreitung von **rechtspopulistischen Ansichten** seit etwa einem Jahrzehnt wandelte sich dieses „deutsche Phänomen" langsam. Das unsägliche Buch vom Sozialdemokraten Thilo Sarrazin, aber auch eine Zunahme von blogs und Internetforen, in denen sich alle Meinungen sammelten und sich Unzufriedene – und zahlreiche „Besserwisser" – widerfanden, erleichterten diesen Prozess. Eine zunehmende Zahl von Menschen bringt nun zum Ausdruck, was wir alle angeblich nicht aussprechen dürfen und „was endlich mal gesagt werden muss".

Immer öfter tauchen „Bürgervereinigungen" und „Wählergemeinschaften" auf, die **rechtspopulistische Parolen** vertreten: „zu viele Ausländer und/oder Asylsuchende", „gegen eine politisch korrupte Elite", „Europa als Bürokratiemonster" und „Deutschland zahlt für Europas Faulenzer" sowie die „lügende Mainstream-Presse". Hinzu kamen Demonstrationen von Menschen, die sich diesen Appellen anschlossen. Pegida erlangte das bislang größte mediale Echo. Entlarvend war dabei, dass sich politisch rechte Gesinnungsgenossen diesen Bewegungen anschlossen und die Gelegenheit nutzen, eine neue, große öffentliche Bühne zu betreten.

Zur gleichen Zeit erlangt das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine rechtspopulistische Partei eine große mediale Beachtung. Knapp gescheitert bei der Bundestagswahl 2013 (die NPD hatte 1969 ein ähnliches Ergebnis erlangt), eingezogen in ostdeutsche Landesparlamente kratzt die **Alternative für Deutschland** zurzeit an den Toren der Hanseatischen Stadtparlamente.

Die Gründe dafür, dass eine solche Partei bislang bundesweit keine Chance hatte, lagen neben der beschriebenen politischen Kultur, auch, wie unser Referent auf dem letzten Mitgliederabend ausführte, in den föderalen Strukturen des Landes (11 bzw. 16. Bundesländer, die alle Landeslisten bei Wahlen bedürfen) und an der inneren Zerstrittenheit derartiger Parteien. Außerdem trugen Schnittmengen zu rechten Orientierungen und Strömungen dazu bei, dass solche Parteien keinen großen öffentlichen Zuspruch erlangten.

Die AfD kommt nun – aus ihrer Sicht – möglicherweise zum richtigen Zeitpunkt. Zwar mangelt es auch ihr an einer charismatischen Persönlichkeit (siehe Niederlande/Frankreich), jedoch spielen ihr die allgemeine Sicherheitslage (Ukraine, IS-Terror) als auch die fundamentale Krise der EU in die Karten. Hinzu kommt eine weit verbreitete diffuse Furcht vor „dem Islam".

Vor diesem Hintergrund sind die beiden **Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen** von großer Bedeutung. Die Zukunft der AfD hängt dann aber auch von der Frage ab, wie sie sich innerparteilich stabilisieren wird – und wie die „Krisen" der Gegenwart von den etablierten Parteien bewältigt werden. Die Zukunft bleibt spannend.

*Autor: Oliver Trede*

# ein Einwurf

Vielen von uns geht es so oder ähnlich: Das Internet bietet unzählige Möglichkeiten, sich zu informieren, an (sozialen) Ereignissen teilzuhaben, Meinungen zu äußern oder sich (politisch) zu engagieren. Gleichzeitig erfahren wir durch den täglichen **Gebrauch des Internets**, einschließlich der Verwendung von Smartphones, eine neue Form von Über-Information, zahlreiche neue Verpflichtungen und ständige Verfügbarkeit. Hinzu kommt das Phänomen, dass die „vierte Säule" der demokratischen Gesellschaften, die Medien, neue Wege beschreitet und andere Arten der Berichterstattung anbietet, bei dem nicht selten ein Ungleichgewicht zwischen „spektakulären" News und guter Recherche zutage tritt. Außerdem erfahren wir, gerade als politische Partei, zunehmend, welche Rolle in der heutigen Zeit Volks- bzw. Bürgerinitiativen, die ihr Mobilisierungspotential auch durchs Internet erzielen, spielen.

Der britisch-amerikanische Internet-Kritiker **Andrew Keen**, im Silicon Valley sozialisiert, befasst sich mit dem Thema „Internet und Freiheit", das nicht nur durch die neue (digitale) Form des Terrorismus, sondern auch durch rechtspopulistische Bewegungen wie Pegida zu einer der spannenden Fragen der Gegenwart geworden ist. Wie die *Süddeutsche Zeitung* Keens Kernthese seines Buches **„Das digitale Debakel"** (DVA, 19,99 €) kurz und knapp auf den Punkt bringt: „Das Internet vernichte die Mittelschicht und etabliere eine Art Plutokratie, es schaffe Monopole, totale Überwachung und statt Demokratie fördere es die Herrschaft des Mobs."

Um einige andere Erkenntnisse ergänzt, betrachtet die Süddeutsche (Ausgabe 15.1., auch online) dieses Thema weiter und stellt dabei **einige diskussionswürdige Thesen** auf:

Das Netz schwächt Institutionen, da sie ständig hinterfragt werden; im Netz herrscht das Recht der Vielen, die sich alle Urteile erlauben und diese explosionsartig verbreiten; das Netz ermöglicht Freiheiten, die bestehende Regeln umgehen – dazu gehören auch (Miet-)Unterkünfte anbieten, ohne Steuern zu zahlen, oder Taxifahrten ohne Rücksicht auf Arbeitsstandards –; das Netz überwindet Grenzen und erleichtert un-demokratisch Handelnde ihre Versprechen (und Drohungen) zu verbreiten; das Netz wird dominiert von großen Konzernen, die nicht demokratisch gewählt sind, unendlich persönliche Daten sammeln und große Macht auf das alltägliche Leben haben; das Netz bevorteilt die, die laut, die gut vernetzt, „interessant" oder „begabt" sind; das Netz fördert Anonymität; das Netz lässt den Informationsraum explodieren und erschwert damit den Überblick zu und die Ernsthaftigkeit von Meldungen; das Netz fördert einen hohen Grad an Transparenz – politische Entscheidungen bedürfen aber auch der Verschwiegenheit und des Vertrauens.

Das sind alles Thesen, die es sich lohnen, über sie nachzudenken und sie zu diskutieren. Eines scheint dabei offenkundig: Das Dilemma des Internets liegt darin, dass es im Kern den Wert der Freiheit proklamiert – dass es aber aufgrund der aufgezeigten Charakteristika und Folgen viel mehr Schranken benötigt. Die SZ schließt dazu mit den Worten: „Damit das Netz die Demokratie stärkt, braucht es Regeln, und Regeln schränken Freiheit ein. Aber Demokratie heißt immer eingeschränkte Freiheit - für die Mächtigen und für die Schwachen gleichermaßen. Die unbegrenzte Freiheit der Starken, der Institutionen, ist Diktatur. Die unbegrenzte Freiheit der Schwachen ist Anarchie."

*Autor: Oliver Trede*

# Termine

**Distriktsabend/Stammtisch**
Di, 27.1., 20 Uhr
Kreishaus, 5. Stock
**Thema**: AfD, Pegida und der Rechtsextremismus in Deutschland
**Gast**: Dr. Marcel Lewandowsky, Politikwissenschaftler an der Helmut-Schmidt-Universität

**Distriktsvorstand**
Di, 3.2., 20 Uhr
Kreishaus, 4. Stock

**Kreisdelegiertenversammlung**
Voraussichtlich am 20.2.

**Distriktsvorstand**
Di, 3.3., 20 Uhr
Kreishaus, 4. Stock

**Distriktsabend/Stammtisch**
Di, 24.3., 20 Uhr
Kreishaus, 5. Stock

**Info-Stände:**

Sa, 31.1., 11-13 Uhr; Sa, 7.2., 11-13 Uhr; Sa, 14.2., 11-13 Uhr
Alle Stände: Fanny-Mendelssohn-Platz

# Kontakte im Distrikt E-Süd

**Distriktsvorsitzender**
Oliver Trede
Email: tredeo@web.de
Tel.: 40195363

**Stellv. Vorsitzende**
Merle Vetterlein
Email: merleveterlein@web.de

**Kassiererin**
Kristin Biesenbender
Email: kristin.biesenbender@web.de
Tel.: 46 06 94 90

**Orga-Leiter**
Pogo Pogorelec
Email: c.pogo@gmx.de

**Arbeitskreis Grundsatzfragen & Anträge**
Uwe Giffei
Email: ugiffei@web.de

# Geburtstagswünsche

*Wir gratulieren zum Geburtstag im Januar/Februar und wünschen viel Gesundheit:*

Hildegard Riese-Kling, Peter Rabels, Rainer Koettgen, Walter Heiss, Ekkehard Nümann, Bernhard Riensberg, Elfriede Kalcher, Gabriele Wolff, Renate Ischo, Marlies Labod, Birgit Lange, Nikolaus Berger, Hussain Munawar, Aleksandros Kokaridas, Kai-Uwe Hübner, Arlette Andrae, Sylvia Angerstein, Norbert Holtz, Thomas Großkinsky, Karin Tiben-Thörner, Silke Urbanski, Perry Lange, Björn Sänger, Bettina-Axenia Bugus, Natalie Agel, Ulrich Meyer, Matthias Füracker, Andreas Henkel, Bettina Schomburg, Kerrin Füracker, Oezguer Coban, Thorsten Kucklick, Heiko Schulz, Irina Panajotow, Christian Bartsch, Darina Mikeladze, Michel Rothgaenger, Moriz-Boje Tiedemann, Nils Vadher, Marc Grün, Moritz Altner, Jasmin Schreiber, Jan-Robert Henning Schmidt, Nadja Rüdiger, Paul-Felix Hanisch, Gibrail Heinschke, Lucas Gallasch, Mattis Manke

*Ganz besonders zum runden Geburtstag gratulieren wir:*

Dieter Schütt zum 65.!

***Steife Brise***

**Redaktion:**
Oliver Trede &
Kristin Biesenbender

SPD-Distrikt Eimsbüttel-Süd
Helene-Lange-Str. 1
20144 Hamburg

**Vertrieb:** Per Email oder Post

**Druck:** Copycardo, Aufl.: 140

www.spd-eimsbuettel-sued.de